

Zusammenfassung

Von den über 100 in diesem Bericht behandelten Indikatoren wurden 12 als Leitindikatoren festgelegt. Diese Leitindikatoren sollen einen Überblick darüber geben, ob die EU in Bezug auf die in der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung festgelegten Ziele und Vorgaben Fortschritte hin zu einer nachhaltigen Entwicklung erzielt hat. Wie die unten stehende Tabelle zeigt, ergibt eine Bewertung der Fortschritte seit dem Jahr 2000 auf Basis dieser Leitindikatoren ein eher gemischtes Bild.

Tabelle 0.1: Bewertung der Veränderungen bei den Leitindikatoren für nachhaltige Entwicklung (EU-27, ab 2000) ⁽¹⁾

Thema der Indikatoren für nachhaltige Entwicklung	Leitindikator	Bewertung der Veränderung in der EU-27
Sozioökonomische Entwicklung	Reales Pro-Kopf-BIP	
Nachhaltiger Verbrauch und nachhaltige Produktion	Ressourcenproduktivität	
Soziale Eingliederung	Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen (*)	
Demografische Veränderungen	Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer ⁽²⁾	
Öffentliche Gesundheit	Lebenserwartung bei der Geburt (**)	
Klimawandel und Energie	Treibhausgasemissionen	
	Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch (**)	
	Primärenergieverbrauch	
Nachhaltiger Verkehr	Energieverbrauch des Verkehrs im Verhältnis zum BIP	
Natürliche Ressourcen	Index weit verbreiteter Vogelarten	
	Fischfang aus Beständen außerhalb sicherer biologischer Grenzen	
Globale Partnerschaft	Öffentliche Entwicklungshilfe (**)	
Gute Staatsführung	[Kein Leitindikator]	:

(*) Ab 2008 (**) Ab 2004

Auf den folgenden Seiten wird ergänzend zur Analyse der Leitindikatoren für nachhaltige Entwicklung genauer auf die seit dem Jahr 2000 beobachteten wichtigsten Trends eingegangen.

⁽¹⁾ Das Bewertungsverfahren und die Bedeutung der Wettersymbole werden in der Einleitung des Berichts erläutert.

⁽²⁾ Aufgrund einer Änderung der Methodik lässt sich die Bewertung des Indikators nicht mit früheren Ausgaben des Fortschrittberichts vergleichen. Genauer dazu finden Sie im Bericht im Abschnitt „demografische Veränderungen“.

Ist die EU auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung?

Sozioökonomische Entwicklung – wichtigste Trends

Zeichnet sich eine leichte Erholung des realen Pro-Kopf-BIP ab?

- Zwischen 2000 und 2012 nahm das **reale Pro-Kopf-BIP** EU-weit um durchschnittlich 0,9 % pro Jahr zu. Vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise war das Pro-Kopf-BIP von 1995 bis 2007 EU-weit jährlich um durchschnittlich 2,4 % stetig gewachsen.
- Im Jahr 2008 erfasste die Wirtschafts- und Finanzkrise die Realwirtschaft, wodurch das Pro-Kopf-BIP im Jahr 2009 um 4,8 % schrumpfte (gegenüber 2008). Die rasche Einführung fiskalpolitischer Anreize und anderer politischer Maßnahmen auf nationaler als auch EU-Ebene bewirkte eine Eindämmung der schlimmsten Auswirkungen der Krise und eine Stabilisierung des Pro-Kopf-BIP in den Jahren 2010 und 2011.
- Vor dem Hintergrund einer schwachen Konjunkturerholung sank das reale Pro-Kopf-BIP im Jahr 2012 wieder um 0,6 % gegenüber 2011.

Die Rezession belastet weiterhin das Investitionsklima in der EU

- Dem Konjunkturzyklus folgend stiegen die **Investitionen** (als Anteil am BIP) zwischen 2003 und 2007 leicht an. Das sinkende Vertrauen der privaten Haushalte und Unternehmen während der Finanzmarkturbulenzen und der Wirtschaftskrise führte zu einer raschen Abnahme der Investitionen. Der starke Investitionsrückgang zwischen 2009 und 2011 auf ein Zehnjahrestief von etwa 19 % war hauptsächlich auf Kürzungen der Unternehmen zurückzuführen.
- Zwischen 2000 und 2012 folgte die **Sparquote der privaten Haushalte** in der EU dem Konjunkturzyklus. Während die Haushalte zur Zeit des Konjunkturaufschwungs zwischen 2003 und 2007 weniger sparten, kehrte sich dieser Trend durch den wirtschaftlichen Umbruch und die größere Marktunsicherheit nach der Krise um. Trotz Anzeichen einer schwachen wirtschaftlichen Erholung begann die Sparquote der privaten Haushalte nach 2009 erneut zu sinken.

Ist die EU-Wirtschaft wettbewerbsfähiger und innovativer geworden?

- Der stetige Anstieg der **Arbeitsproduktivität** zwischen 2000 und 2007 kam durch die Konjunkturabschwächung in den Jahren 2008 und 2009 zum Stillstand. Obwohl die Produktivität 2010 zunahm und in den folgenden Jahren weiter anstieg, wird die langfristige Verbesserung von künftigen Arbeitsmarktanpassungen wie etwa der Änderung der Arbeitnehmerströme zwischen Staaten, Branchen und Regionen oder der Reaktion der Löhne auf verschiedene Arbeitsmarktbedingungen abhängen.
- Im Zeitraum 2000 bis 2007 blieb der Anteil der **Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E)** am BIP relativ stabil bei 1,85 %. Der Indikator erwies sich als widerstandsfähig gegenüber den kurzfristigen Auswirkungen der Wirtschaftskrise. In den Jahren 2008 und 2009 stieg er sogar leicht an, bevor er sich im Verlauf der folgenden zwei Jahre auf 2 % einpendelte. Dies war vor allem auf staatliche Bemühungen zurückzuführen, das Wirtschaftswachstum durch die Erhöhung der F&E-Ausgaben zu fördern.
- Die **Energieintensität** nahm in der EU zwischen 2003 und 2009 kontinuierlich ab, gefolgt von einem Anstieg im Jahr 2010 und einem beschleunigten Rückgang 2011. Der positive Trend fiel mit einer vollständigen Entkopplung von inländischem Bruttoenergieverbrauch und Wirtschaftswachstum zusammen.

Verhaltene Erholung des Arbeitsmarktes

- Die **EU-Beschäftigungsquote** stieg von 66,6 % im Jahr 2000 auf 70,3 % im Jahr 2008. Als die Rezession 2009 zu einer Verlängerung der Stagnation am Arbeitsmarkt führte, kam der Anstieg zum Stillstand, und die Beschäftigungsquote blieb bis 2012 fast konstant bei 68,5 %. Dies hat die EU auf ihrem Weg zum Europa-2020-Ziel von 75 % zurückgeworfen.
- Zwischen 2000 und 2007 verringerten sich die **regionalen Beschäftigungsunterschiede** in der EU um 2,1 Prozentpunkte. Die Wirtschaftskrise machte diese Fortschritte aber zunichte, wodurch sie allmählich wieder den Stand von 2000 erreichten (13,3 % im Jahr 2012). Positiv zu bewerten ist, dass die regionalen Unterschiede bei der Beschäftigung von Frauen und Männern auf ein Zehnjahrestief von 5,6 Prozentpunkten sanken.
- Die **Gesamtarbeitslosenquote** nahm in der EU zwischen 2001 und 2004 insgesamt zu. In den folgenden vier Jahren (2005 bis 2008) sank die Arbeitslosenquote kontinuierlich und erreichte im Jahr 2008 einen Tiefstand von 7,1 %. Nach dieser positiven Entwicklung erfolgte ein starker Anstieg der EU-Arbeitslosenquote auf ein Rekordhoch von 10,5 % im Jahr 2012.

Nachhaltiger Verbrauch und nachhaltige Produktion – wichtigste Trends

Vollständige Entkopplung von Materialverbrauch und Wirtschaftswachstum?

- Im Jahr 2011 erzielte die EU einen wirtschaftlichen Wert von 1,60 EUR pro Kilogramm verbrauchten Materials. Dies war eine beträchtliche Verbesserung der **Ressourcenproduktivität** seit dem Jahr 2000, in dem aus derselben Ressourcenmenge nur 1,34 EUR pro Kilogramm erwirtschaftet worden waren.
- Der Grund für diesen Effizienzgewinn ist, dass das BIP, insbesondere vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise, schneller angestiegen ist als der **inländische Materialverbrauch** (DMC – Domestic Material Consumption). Seit 2007 hat der Ressourcenverbrauch in der EU stark abgenommen, wodurch der inländische Materialverbrauch sogar den Stand von vor zehn Jahren unterschritt. Der Wirtschaftsaufschwung deutet jedoch auf eine Trendumkehr im Jahr 2011 hin.
- Diese gegenläufigen Entwicklungen – wachsendes BIP bei sinkendem DMC – lassen auf eine vollständige Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcennutzung in der EU zwischen 2000 und 2011 schließen. Ob dies eine tatsächliche Wende bei der Ressourcennutzung darstellt oder nur die Auswirkung der Wirtschaftskrise auf ressourcenintensive Branchen wie dem Baugewerbe widerspiegelt, ist jedoch nicht klar.

Verbesserungen bei der Abfallbehandlung und den Schadstoffemissionen

- Die **Abfallbehandlungsverfahren** haben sich in der EU seit dem Jahr 2000 erheblich verbessert. Die Deponierung, die am wenigsten umweltfreundliche Methode der Entsorgung, wird nach und nach durch die Verbrennung und in noch größerem Maße durch die Wiederverwertung und Kompostierung ersetzt. Im Jahr 2011 wurden rund 40 % der Siedlungsabfälle wiederverwertet oder kompostiert.
- Es gibt innerhalb der EU große Unterschiede in der Abfallbehandlung. Während 2011 die Abfälle in Bulgarien, Kroatien und Rumänien hauptsächlich deponiert wurden (über 90 %), lag ihr Anteil in Deutschland, den Niederlanden und Schweden unter 1 %.
- Ähnliche Verbesserungen hat es bei den **atmosphärischen Emissionen** von Säurebildnern und Ozonvorläufern gegeben. Durch stetige Rückgänge seit 1990 gelang es der EU-27 bis 2011, die Emissionsziele für Schwefeloxide (SO_x) und flüchtige organische Nichtmethanverbindungen (NMVOC) einzuhalten. 12 Mitgliedstaaten haben jedoch für mindestens einen der vier Schadstoffe Emissionen über ihrer nationalen Emissionshöchstgrenze angegeben.

Kein eindeutiger Trend hin zu nachhaltigeren Verbrauchsstrukturen

- Der **Stromverbrauch der privaten Haushalte** ist seit 1990 fast kontinuierlich gestiegen. Dieser Trend ist hauptsächlich auf eine Zunahme der Zahl der Haushalte und auf Veränderungen in ihren Verbrauchsstrukturen zurückzuführen, die die Einsparungen durch Effizienzverbesserungen bei elektronischen Geräten überstiegen. Dieses Phänomen wird als „Rebound-Effekt“ bezeichnet. Im Gegensatz zu anderen Verbrauchsindikatoren in diesem Bericht erwies sich der Stromverbrauch der privaten Haushalte, bei dem es im Jahr 2011 erstmals einen starken Rückgang seit 1990 gab, als ziemlich unempfindlich gegenüber der Wirtschaftskrise.
- Auch der **Endenergieverbrauch** ist in der EU seit 1990 gestiegen. Das Jahr 2005 stellte jedoch einen Wendepunkt dar: Der Energieverbrauch stabilisierte sich und sank dann in den folgenden Jahren. Der Rückgang der EU-Wirtschaft in den Jahren 2009 und 2011 führte zu einer weiteren Abnahme des Endenergieverbrauchs, der schließlich im Jahr 2011 einen Stand von vor 2000 erreichte.
- Da der Stromverbrauch der privaten Haushalte und der Endenergieverbrauch sich unterschiedlich entwickelt haben, insbesondere seit 2005, lässt sich nicht feststellen, ob die Verbrauchsstrukturen in der EU nachhaltiger geworden sind.

Umweltfreundlichere Produktionsstrukturen

- Bei den Produktionsstrukturen gab es hingegen in der EU in den letzten Jahren Verbesserungen. Seit 2003 ist die Zahl der Organisationen gestiegen, die ein zertifiziertes Umweltmanagementsystem gemäß dem **Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung** (Eco-Management and Audit Scheme – EMAS) eingeführt haben. Im Jahr 2013 war die Übernahme des EMAS – ausgedrückt in der Zahl der in das EMAS-Verzeichnis eingetragenen Organisationen pro Million Einwohner – in Zypern, Österreich, Spanien, Italien, Deutschland und Dänemark besonders hoch.
- Auch die landwirtschaftlichen Arbeitsweisen sind in der EU seit 2005 zunehmend nachhaltiger geworden, wie die Erhöhung des Anteils des **ökologischen Landbaus** zeigt. Diese dynamische Entwicklung spiegelt sich auch in den steigenden Verkaufszahlen von biologischen Erzeugnissen auf dem EU-Lebensmittelmarkt wider.

Soziale Eingliederung – wichtigste Trends

Die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen ist seit 2008 gestiegen

- Zwischen 2008 und 2012 stieg die Zahl der **von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen** um 8,7 Millionen von 115,7 auf 124,4 Millionen. Sie war zwischen 2005 und 2009 gesunken, begann mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise jedoch erneut zu steigen.
- Die 124,4 Millionen Menschen, die 2012 in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht waren, entsprechen einem Anteil von 25,0 % der Gesamtbevölkerung. Dies bedeutet, dass jeder vierte EU-Bürger zumindest von einer vom Leitindikator des Themas erfassten Form der Armut betroffen war, und zwar von finanzieller Armut, starker materieller Unterversorgung und mangelndem Zugang zu Beschäftigung. Das derzeitige Ausmaß der Armut und sozialen Ausgrenzung gefährdet das in der Strategie Europa 2020 festgelegte Armutsbekämpfungsziel, bis zum Jahr 2020 die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen um mindestens 20 Millionen zu verringern.

Die finanzielle Armut nimmt zu und die Lebensbedingungen verschlechtern sich

- Die Zahl der Menschen, die **nach dem Erhalt von Sozialleistungen armutsgefährdet** sind, erhöhte sich von 2008 bis 2012 von 80,7 Millionen auf 85,3 Millionen. Im Gegensatz zum Leitindikator ist diese Zahl sogar schon vor der Wirtschaftskrise seit 2005 fast kontinuierlich angestiegen, wobei es nach 2009 zu einem rascheren Anstieg kam. Finanzielle Armut ist die häufigste Form der Armut in der EU und betraf im Jahr 2012 17,1 % der EU-Bevölkerung.

- Bei der Zahl der Menschen, die von **starker materieller Unterversorgung** betroffen sind, gab es von 2008 bis 2012 einen erheblichen Anstieg von 41,4 Millionen auf 51,0 Millionen. Es handelte sich jedoch um keinen kontinuierlichen Trend, da das Jahr 2009 einen bedeutenden Wendepunkt markierte. Während die Zahl der materiell stark unterversorgten Menschen zwischen 2005 und 2009 einen starken Rückgang um fast 12 Millionen aufwies, ist sie seither wieder um 11,2 Millionen gestiegen, sodass 2012 10,3 % der EU-Bevölkerung betroffen waren.
- Zwischen 2005 und 2012 gab es bei den **Einkommensunterschieden** kaum Veränderungen. Im Jahr 2012 verdienten die reichsten 20 % der EU-Bevölkerung mehr als 38 % des nationalen Äquivalenzeinkommens und daher fünfmal so viel wie die ärmsten 20 %, deren Anteil sich auf etwas weniger als 8 % belief.

Kein deutlicher Trend zu einem nachhaltigeren Arbeitsmarkt

- Die Zahl der Menschen, die in privaten Haushalten mit **sehr niedriger Erwerbsintensität** leben, erhöhte sich zwischen 2008 und 2012 von 34,3 Millionen auf 36,9 Millionen. Im Einklang mit anderen armutsbezogenen Indikatoren sank diese Zahl zwischen 2006 und 2009, stieg danach aber gleichzeitig mit der steigenden Arbeitslosenquote erneut an, bevor sie zwischen 2011 und 2012 um 4,1 % sank. Nichterwerbstätigkeit erhöht das Armutsrisiko erheblich. Im Jahr 2012 lebten 9,8 % der EU-Bevölkerung im Alter zwischen 0 und 59 Jahren in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbsintensität.
- Die **Langzeitarbeitslosenquote** der EU war zwischen 2004 und 2008 rückläufig. Seit 2008 ist die Quote jedoch wieder gestiegen und erreichte 2012 einen historischen Höchstwert von 4,6 %.
- Zwischen 2006 und 2011 verringerten sich die **Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern** beträchtlich. Trotz dieser günstigen Entwicklung lag der Bruttostundenverdienst der Frauen im Jahr 2011 immer noch 16,2 % unter jenem der Männer.

Verbesserungen bei der Bildung

- Der Anteil **frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger** ist von 2003 bis 2012 stetig auf 12,8 % gesunken. Falls die jüngsten Trends beibehalten werden können, scheint das Ziel erreichbar, die Schulabbrecherquote bis 2020 auf unter 10 % zu senken.
- Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit **Hochschulabschluss** ist seit 2000 kontinuierlich angestiegen. Der Trend deutet darauf hin, dass das Ziel der Strategie Europa 2020, diesen Anteil bis 2020 auf mindestens 40 % zu erhöhen, erreicht wird.
- Der Anteil der **Erwachsenen mit niedrigem Bildungsniveau** hat seit 2000 stark abgenommen. Diese Entwicklung zeigt sich in allen Altersgruppen.
- Die Teilnahme am **lebenslangen Lernen** erhöhte sich zwischen 2003 und 2012, wobei die größte Zunahme zwischen 2003 und 2005 verzeichnet wurde, während seither keine weiteren Fortschritte mehr erzielt wurden. Die nordischen Länder erreichen die höchsten Teilnahmequoten, während Bulgarien, Griechenland und Rumänien ihre Teilnahmequoten nur geringfügig oder gar nicht verbessern konnten.

Demografische Veränderungen – wichtigste Trends

Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer blieb von der Wirtschaftskrise unberührt

- Im Jahr 2012 waren 48,9 % der **älteren Arbeitnehmer** erwerbstätig. Die **Beschäftigungsquote** hat sich seit 2000 leicht und kontinuierlich erhöht. Die Zunahme der Erwerbsquote älterer Arbeitnehmer ist ein stabiler Trend, der unempfindlich gegenüber der Wirtschaftskrise zu sein scheint. Dennoch wurde das 50%-Ziel, das im Rahmen der Lissabon-Strategie, der Vorgängerin der Strategie Europa 2020, für 2010 festgelegt wurde, noch nicht erreicht.

- Im Zeitraum 2000 bis 2012 zeigt sich bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer ein geringeres Gefälle zwischen den Geschlechtern. Die Beschäftigungsquote für Frauen blieb zwar unter jener der Männer, stieg aber im Vergleich zu den 9,3 Prozentpunkten bei den Männern mit 14,4 Prozentpunkten seit 2000 deutlich stärker an.

Die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur bringt demografische Herausforderungen mit sich

- Im Jahr 2011 betrug die **Lebenserwartung mit 65 Jahren** in der EU 21,3 Jahre für Frauen und 17,2 Jahre für Männer. Seit 2002 ist bei beiden Geschlechtern die Zahl der zu erwartenden Lebensjahre kontinuierlich gestiegen und der Abstand zwischen ihnen kleiner geworden. Da die jährliche Zuwachsrate im Jahr 2011 für Frauen unter 1 % lag, ist nicht klar, ob sie sich in Zukunft weiter erhöhen wird.
- Die **Fruchtbarkeitsrate** betrug im Jahr 2011 in der EU 1,57 Kinder pro Frau. Dies deutet auf eine Erhöhung von 8 % seit 2002 hin. Allerdings ist nach einer Zeit der Stabilisierung auf 1,6 Kinder die durchschnittliche Zahl der geborenen Kinder 2011 leicht zurückgegangen.
- Zusätzlich zum jüngsten Rückgang der Fruchtbarkeitsrate verringerte sich 2011 die **Nettomigrationsrate** in der EU. Diese beiden Abwärtstrends könnten zu einer Beschleunigung des demografischen Wandels und damit zu einer weiteren Erhöhung des Anteils der älteren Menschen in den europäischen Ländern führen.
- Das **Verhältnis der älteren Menschen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter** ist in der EU bis zum Jahr 2012 kontinuierlich auf 25,8 % angestiegen. Laut jüngsten Prognosen ist künftig mit einer stetigen Zunahme bis 2050 zu rechnen, danach dürfte es zu einer Stabilisierung bei etwa 55 % kommen.

Keine wesentlichen Verbesserungen beim Einkommensniveau von Rentnern

- Im Jahr 2012 lag das **durchschnittliche Einkommensniveau von Rentnern** in der EU bei 56 % des Einkommens der Erwerbsbevölkerung im fünften Lebensjahrzehnt. Nachdem die Ersatzquote mehr oder weniger stabil bei rund 50 % geblieben war, hat sie seit 2010 einen leichten Aufwärtstrend erlebt.
- In den EU-Mitgliedstaaten lag das Verhältnis der Rentenhöhe älterer Menschen zum Erwerbseinkommen der 50- bis 59 -Jährigen zwischen 39 % in Zypern und 79 % in Luxemburg. Zwischen 2005 und 2012 nahmen die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten leicht zu.

Immer noch keine Sanierung der öffentlichen Finanzen in der EU

- Die **Staatsverschuldung** hat sich in der EU seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise im Jahr 2007 beträchtlich erhöht. Nachdem sie 2007 unter den 60%-Referenzwert des Maastrichter Vertrages gefallen war (auf 59 %), stieg sie in den folgenden Jahren stark an und erreichte im Jahr 2012 85,3 % des BIP. EU-weit gab es beträchtliche Unterschiede in der Staatsverschuldung, von 10,1 % des BIP in Estland bis 156,9 % in Griechenland.
- Ein Kostenfaktor der öffentlichen Ausgaben sind die staatlichen Rentenzahlungen. Viele Mitgliedstaaten führten eine Reform des Rentensystems durch, um die **Dauer des Erwerbslebens** der Bevölkerung zu verlängern. Zwischen 2000 und 2011 erhöhte sich die durchschnittliche Dauer des Erwerbslebens in der EU um 1,8 Jahre. Im Jahr 2011 arbeiteten Männer im Laufe ihres Lebens im Durchschnitt 37,4 Jahre und Frauen 31,9 Jahre.

Öffentliche Gesundheit – wichtigste Trends

Verbesserungen bei der Lebenserwartung führen nicht zu einem längeren Leben bei guter Gesundheit

- Zwischen 2004 und 2011 kam es sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen zu einem leichten Anstieg der **Lebenserwartung bei der Geburt**, wobei die jährliche Wachstumsrate 0,4 % (Männer) bzw. 0,3 % (Frauen) betrug. Die Zahl der gesunden Lebensjahre bei der Geburt nahm dagegen für Frauen nicht und für Männer nur geringfügig zu.
- Höhere Zuwachsraten bei der Lebenserwartung und niedrigere Zuwachsraten bei den gesunden Lebensjahren lassen darauf schließen, dass die Menschen diese Lebensjahre nicht bei guter Gesundheit verbringen, sondern durch eine Behinderung oder Erkrankung eingeschränkt sind.

Gesundheitsindikatoren verbessern sich seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise langsamer, gesundheitliche Ungleichheiten bestehen weiter

- Zwischen 2000 und 2009 sank die **Sterberate aufgrund chronischer Erkrankungen** in der EU von 142 auf 116 pro 100 000 Personen im Alter von unter 65 Jahren. Bei den Männern, die derzeit mit einer höheren Wahrscheinlichkeit an einer chronischen Erkrankung sterben, gab es einen stärkeren Rückgang (2,4 %) als bei den Frauen (1,9 %), was auf eine Annäherung der geschlechtsspezifischen Sterberaten hindeutet. Trotz der Verbesserungen bei den Sterberaten aufgrund chronischer Erkrankungen blieb das Verhältnis von Todesfällen aufgrund chronischer Erkrankungen zu den gesamten Todesfällen konstant. Dies deutet darauf hin, dass die Abnahme der Sterberaten aufgrund chronischer Erkrankungen sich hauptsächlich durch die allgemein sinkenden Sterberaten erklären lässt.
- Die **Selbstmordrate** nahm zwischen 2000 und 2010 insgesamt um durchschnittlich 1,4 % ab. Dieser Trend war jedoch nicht kontinuierlich. Zwischen 2000 und 2007 war der jährliche durchschnittliche Rückgang mit 2,5 % viel höher. Die Zahl der Selbstmorde stieg jedoch 2008 (um 2 %) und 2009 (um weitere 3 %) stark an und sank wieder im Jahr 2010. Die höheren Selbstmordraten seit 2007 betreffen überwiegend Männer und spiegeln möglicherweise die Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Arbeitslosigkeit wider.
- Wirtschaftliche Zwänge beschränken den **Zugang zur Gesundheitsversorgung**. Nach einem Rückgang zwischen 2005 und 2009 begann der Anteil der Bevölkerung, der sich nach eigenen Angaben keine medizinische Betreuung leisten kann, 2009 erneut zu steigen und erreichte im Jahr 2011 2,3 %. Der Zusammenfall dieser Trendänderung mit der Wirtschaftskrise und anhaltenden einkommensbedingten Unterschieden beim Zugang zur Gesundheitsversorgung zeigt, dass wirtschaftliche Zwänge den Zugang zu medizinischer Betreuung einschränken.

Keine oder unzureichende Verbesserungen von Gesundheitsdeterminanten wie der Produktion toxischer Chemikalien und der Belastung durch Luftschadstoffe

- Die **Produktion toxischer Chemikalien** stieg in der EU zwischen 2002 und 2007 leicht an, ging aber in den Jahren 2008 und 2009 aufgrund der Wirtschaftskrise erheblich zurück. Nach der Erholung des europäischen Marktes erreichte die Produktion zwei Jahre später (2011) wieder das frühere hohe Niveau. Der vorübergehende Rückgang kann daher durch die stagnierende Wirtschaft erklärt werden, die zu einer geringeren Industrieproduktion während der Wirtschaftskrise führte.
- Zwischen 2000 und 2011 verringerte sich die **Feinstaubbelastung in Städten** um 1 Mikrogramm pro Kubikmeter und erreichte damit 2011 einen Wert von 27 Mikrogramm pro Kubikmeter. Angesichts der beträchtlichen Schwankungen von einem Jahr zum anderen lässt sich jedoch nur schwer ein deutlicher Trend feststellen. Das für 2010 festgesetzte Ziel, die Emissionen auf 20 Mikrogramm zu reduzieren, konnte nicht erreicht werden. Im Jahr 2010 beliefen sich die Feinstaubemissionen auf 26 Mikrogramm pro Kubikmeter und lagen damit 6 Mikrogramm über dem Ziel.

- Insgesamt stieg die **Luftschadstoffbelastung durch Ozon** zwischen 2000 und 2011 jährlich um durchschnittlich 1,7 %. Aufgrund des Wettereinflusses auf die Ozonkonzentrationen und großer Unterschiede zwischen den Ländern schwankten die Werte jedoch.

Klimawandel und Energie – wichtigste Trends

Verringerung der EU-Treibhausgasemissionen, aber weltweiter Temperaturanstieg

- Die **Treibhausgasemissionen** der EU sind seit 1990 stark gesunken. Die stärksten Rückgänge wurden Anfang der 1990er-Jahre sowie zwischen 2007 und 2011 verzeichnet. Das Ziel der Strategie Europa 2020, die Treibhausgasemissionen bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 um 20 % zu verringern, ist eindeutig erreichbar.
- Die größten Reduktionen wurden in der verarbeitenden Industrie, der Energiewirtschaft und dem Bauwesen erzielt. Auch in der Land- und Abfallwirtschaft wurden die Emissionen reduziert, sie machen jedoch einen kleineren Teil der Gesamtemissionen aus. Der einzige Sektor mit steigenden Emissionen ist der Verkehr. Die Emissionen des internationalen Luft- und Seeverkehrs sind besonders rasch angestiegen. Auch die vom Landverkehr verursachten Emissionen bleiben über den Werten von 1990, weisen aber seit 2007 einen rückläufigen Trend auf.
- Die Verringerung der EU-Treibhausgasemissionen wird von den rasch ansteigenden globalen Emissionen überkompensiert. Die Konzentrationen von Treibhausgasen in der Atmosphäre nehmen zu. Obwohl es eine zeitliche Verschiebung zwischen Emissionen und Temperaturanstieg gibt, zeigen die Aufzeichnungen der **weltweiten Durchschnittstemperatur** bereits jetzt eine deutliche Aufwärtsentwicklung. Die Erwärmung hat sich im Laufe der letzten vier Jahrzehnte kontinuierlich beschleunigt.

Kein klarer Trend zu einer geringeren Energienachfrage

- Nachdem der **Primärenergieverbrauch** in der EU zwischen 1990 und 2006 mehr oder weniger kontinuierlich angestiegen war, sank er 2011 auf den Stand von 1990, wenn auch nicht kontinuierlich. Es wird sich zeigen, ob eine Fortsetzung des Rückgangs möglich ist, wenn die EU-Wirtschaft zu einem stärkeren Wirtschaftswachstum zurückkehrt.
- Die EU deckte im Jahr 2011 **über die Hälfte ihres Energiebedarfs durch Importe**. Seit den frühen 1990er-Jahren hat der durch Importe aus Nicht-EU-Ländern gedeckte Anteil am Gesamtenergiebedarf fast jedes Jahr zugenommen. Ab dem Jahr 2006 ist er auf etwas mehr als 50 % geblieben.

Zügiger Ausbau erneuerbarer Energieträger, insbesondere im Elektrizitätssektor

- Aus Biomasse, Wind, Sonne und Erdwärme erzeugte Energie trägt zu einem immer größeren Teil zur Deckung der Energieendnachfrage in der EU bei. Alle Mitgliedstaaten haben ihren **Anteil an erneuerbaren Energieträgern** zwischen 2005 und 2011 ausgeweitet. Die Biomasse macht zwar den weitaus größten Anteil aus, Wind- und Sonnenenergie sind aber am schnellsten gewachsen.
- Die Marktdurchdringung erneuerbarer Energieträger ist im **Elektrizitätssektor** am höchsten, in dem im Jahr 2011 ein Fünftel der Bruttostromerzeugung durch erneuerbare Energieträger erfolgte.
- Dagegen sank der Anteil erneuerbarer Energieträger im **Verkehr** 2011 gegenüber dem Vorjahr, was jedoch auf die statistische Bereinigung um nicht als nachhaltig zertifizierte Biokraftstoffe zurückzuführen ist. Aus den Daten von 2010 geht aber hervor, dass die EU ihr Zwischenziel der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energieträger im Verkehr verfehlt hat.

Nachhaltiger Verkehr – wichtigste Trends

Keine vollständige Entkopplung von Energieverbrauch des Verkehrs und Wirtschaftswachstum

- Der **Energieverbrauch des Verkehrs pro BIP-Einheit** ist seit 2000 um 8,3 % gesunken. Dieser Trend hat sich seit Beginn der Wirtschaftskrise leicht verstärkt, da die Umweltkomponente dieses Indikators – Energieverbrauch des Verkehrs – nach 2007 vier Jahre hintereinander gesunken ist. Insgesamt ist der Energieverbrauch des Verkehrs zwischen 2000 und 2011 um 6,7 % gestiegen, während die Wirtschaft mit 16,5 % stärker gewachsen ist.
- Diese zusammentreffenden Trends – Anstieg sowohl des Energieverbrauchs als auch (und sogar stärker) des BIP – lassen auf eine relative Entkopplung von Energieverbrauch des Verkehrs und Wirtschaftswachstum in der EU im Zeitraum 2000 bis 2011 schließen. Die vollständige Entkopplung (also die Reduktion des Energieverbrauchs des Verkehrs bei wachsender Wirtschaft) war sowohl 2010 als auch 2011 gegenüber dem Vorjahr zu beobachten. Es ist jedoch nicht sicher, ob es sich dabei um einen anhaltenden Trend oder nur um eine Folge der Wirtschaftskrise handelt.

Keine wesentliche Änderung bei Verkehrsträgern und Mobilität

- Bei der Beförderungsleistung der verschiedenen Verkehrsträger gibt es keine großen Unterschiede. Die **Aufteilung des Personentransports auf die verschiedenen Verkehrsträger** sah im Jahr 2011 ziemlich ähnlich aus wie im Jahr 2000. Beim **Güterverkehr** hat es seit 2009 leichte Verschiebungen gegeben, da die Bahn ihren verlorenen Anteil vom Straßentransport wieder zurückerobert hat. Daher nähert sich der Anteil der Schiene am Güterverkehr ebenfalls seinem Stand von 2000. Diese geringfügigen Änderungen können aber auch auf methodische Gründe zurückzuführen sein.
- Wenngleich es bei der Verkehrsteilung auf EU-Ebene keine großen Veränderungen gibt, weichen die Anteile an den einzelnen Verkehrsträgern zwischen den Mitgliedstaaten stark voneinander ab. Zwar dominierte 2011 der Verkehrsträger Straße sowohl beim Personen- als auch Güterverkehr, einige Mitgliedstaaten wie die baltischen Länder wiesen aber erhebliche Anteile der Schiene am Güterverkehr von über 30 % auf.
- Es ist kein wesentlicher Entkopplungseffekt zwischen Frachtaufkommen und BIP feststellbar. Die Krise hatte sowohl auf das BIP als auch auf das Frachtaufkommen eine tiefgreifende Auswirkung, wobei letzteres stärker betroffen war. Seit 2009 ist eine zögerliche Erholung der Zahlen zu beobachten. Ob es sich dabei um eine Entkopplung handelt, lässt sich noch nicht feststellen.

Negative Verkehrsauswirkungen müssen noch reduziert werden

- Es gibt immer noch keinen Rückgang der **durch den Verkehr verursachten Treibhausgasemissionen** seit dem Jahr 2000. Obwohl die Emissionen seit 2007 als eine Folge des Wirtschaftsabschwungs sinken, wurden die vorherigen Emissionserhöhungen dadurch nicht ausgeglichen.
- Die Zahl der **Straßenverkehrstoten** hat seit 2000 weiter abgenommen. Das Ziel von nur 27 000 Opfern aufgrund von Verkehrsunfällen im Jahr 2010 wurde jedoch nicht erreicht. Daher sind weitere Anstrengungen nötig, um das für 2020 festgelegte Ziel von weniger als 15 500 Verkehrstoten zu erreichen.

Natürliche Ressourcen – wichtigste Trends

Droht der EU der Verlust ihres natürlichen Kapitals?

- Zwischen 2000 und 2011 blieb der **Index weit verbreiteter Vogelarten** relativ stabil; bei den Feldvogel- und Waldvogelpopulationen zeichnen sich jedoch immer stärker gegensätzliche Trends ab. Während es in diesem Zeitraum bei den Waldvögeln einen Zuwachs von 9,7 Prozentpunkten gab, fiel der Index der Feldvögel um 5,6 Prozentpunkte.

- Veränderungen in den Agrarmethoden, Intensivierung und Spezialisierung sind weitgehend verantwortlich für den Rückgang der Feldvögel in Nord- und Westeuropa. Die wichtigsten Einflussfaktoren sind die Bereitstellung schädlicher Subventionen, mangelnde Anreize für den Erhalt ökologisch wertvoller landwirtschaftlicher Flächen (Landwirtschaftsflächen, die eine hohe Arten- und Lebensraumvielfalt und/oder Arten mit Erhaltungswert fördern) und die zunehmende Nutzung von Biomasse für die Erzeugung erneuerbarer Energie.
- Die **Gesamtfangmengen aus Fischbeständen außerhalb sicherer biologischer Grenzen** gingen von 2000 bis 2010 um 23,1 Prozentpunkte zurück. Von 2002 bis 2010 lagen die Jahreswerte jedoch bei durchschnittlich 16,3 % und damit weit über der sicheren biologischen Grenze. Daher sind die gesamten Fischbestände im Nordostatlantik weiterhin von Überfischung bedroht.

Eine immer kleinere Fischereiflotte – gut für die Umwelt und die Küstenwirtschaft

- Die Größe der **EU-Fischereiflotte** (gemessen in Maschinenleistung) verringerte sich von 2007 bis 2012 um durchschnittlich 2,4 % pro Jahr. Für eine vernünftige Anpassung der Flottenkapazität, die zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischbestände und besseren wirtschaftlichen Bedingungen für Berufsfischer führen würde, sind jedoch weitere Anstrengungen und politische Reformen nötig.

Nachhaltigkeitsniveau bei Wasserentnahme fast erreicht

- Die **Gesamtwasserentnahme verringerte sich im letzten Jahrzehnt** in den meisten Regionen Europas mit Ausnahme von West-/Südeuropa, wo sie konstant geblieben ist. Länder wie Litauen, Rumänien und Belgien machten bedeutende Fortschritte in Richtung einer nachhaltigeren Wasserbewirtschaftung.

Verstädterung und Verkehr nehmen in der EU immer mehr Flächen in Anspruch

- 4,6 % der EU-Bodenfläche waren 2012 mit künstlich angelegten Flächen bedeckt. Die wachsende Nachfrage nach Wohnraum und Wirtschaftsflächen in städtischen Gebieten und der Ausbau des Verkehrsnetzes in Küstengebieten sind hauptsächlich verantwortlich für eine kontinuierliche Schrumpfung von naturnahen und Ackerlandflächen in der EU.

Globale Partnerschaft – wichtigste Trends

Öffentliche Entwicklungshilfe im Rückgang, EU verfehlt ihre Ziele

- Zwischen 2004 und 2012 erhöhte sich der Gesamtanteil der **öffentlichen Entwicklungshilfe** der EU am Bruttonationaleinkommen (BNE) um 0,05 Prozentpunkte und erreichte 2012 0,39 % ⁽³⁾
- Im Zeitraum 2010 bis 2012 sank die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe der EU jedoch aufgrund von Haushaltszwängen infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise. Ein ähnlicher Trend ist bei anderen größeren Gebern zu beobachten.
- Die EU verfehlte bereits ihr gemeinsames Zwischenziel für 2010, 0,56 % ihres BNE für öffentliche Entwicklungshilfe zu verwenden. Wenn sich der Rückgang im selben Tempo fortsetzt wie zwischen 2004 und 2012, wird die EU ihr seit Langem bestehendes gemeinsames Ziel für 2015, 0,7 % ihres BNE für die öffentliche Entwicklungshilfe auszugeben, nicht erreichen.

(3) Vorläufige Daten für 2012

Erhöhung des Anteils der EU-Finanzierung für Entwicklungsländer

- Die **Finanzierung für Entwicklungsländer** durch die EU-15-Mitgliedstaaten, die sowohl öffentliche als auch private Finanzflüsse umfasst, erhöhte sich zwischen 2000 und 2011 um durchschnittlich 4,6 % pro Jahr. Trotz dieser insgesamt positiven Entwicklung sind Schwankungen zu beobachten, durch die sich für die besonders auf externe finanzielle Unterstützung angewiesenen Entwicklungsländer eine Unsicherheit ergibt.
- Seit dem Jahr 2000 hat sich der **Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe an die am wenigsten entwickelten Länder und andere Länder mit niedrigem Einkommen** vergrößert und machte im Jahr 2011 52,5 % der öffentlichen Entwicklungshilfe der EU-15 aus.
- **Ausländische Direktinvestitionen (ADI)** sind eine wichtige Ergänzung zu den Entwicklungsbemühungen. Von 2000 bis 2011 sanken die ADI der EU-15 in den am wenigsten entwickelten Ländern und anderen Ländern mit niedrigem Einkommen um durchschnittlich 3,4 % pro Jahr von 3,2 % der gesamten ADI im Jahr 2000 auf 2,2 % im Jahr 2011.

Zunahme der EU-Einfuhren aus Entwicklungsländern

- Bei den **Einfuhren aus Entwicklungsländern** in die EU wurde zwischen 2000 und 2012 eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 7,8 % verzeichnet; der Anteil der Einfuhren aus Entwicklungsländern an den gesamten EU-Einfuhren stieg von 35,2 % im Jahr 2001 auf 47,2 % im Jahr 2012.
- Wesentlich für diese Entwicklung waren die Einfuhren aus China, deren Anteil an den Gesamteinfuhren der EU aus Entwicklungsländern von 24 % im Jahr 2000 auf 35 % im Jahr 2012 stieg. In absoluten Zahlen war das Einfuhrvolumen aus China 2012 dreimal so hoch wie 2000.
- Auch die **Einfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern** stiegen, doch die Zuwachsrate lag im Durchschnitt nur bei etwa einem Drittel der Zuwachsrate der EU-Einfuhren aus allen Entwicklungsländern. Im Jahr 2012 machten die Einfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern immer noch weniger als 2 % der EU-Gesamteinfuhren aus.

Abstand bei den CO₂-Emissionen verkleinert sich aufgrund des Anstiegs in den Entwicklungsländern

- Obwohl sich bei den **CO₂-Emissionen pro Kopf** der Abstand zwischen der EU und den Entwicklungsländern im Zeitraum 2000 bis 2011 verkleinert hat, liegen die EU-Emissionen immer noch bei 7,4 Tonnen pro Kopf und sind damit 2,6 mal höher als der Durchschnitt von 2,9 Tonnen pro Kopf in den Entwicklungsländern.
- Die Abstandsverringerung wurde hauptsächlich durch eine Zunahme der Emissionen aus Entwicklungsländern sowie durch die Finanzkrise bewirkt, die in der EU zu weniger CO₂-Emissionen pro Kopf geführt hat.

Gute Staatsführung – wichtigste Trends

Mehr Politikkohärenz und -wirksamkeit, aber weniger Vertrauen der Öffentlichkeit

- Weniger als die Hälfte der EU-Bürgerinnen und Bürger hat **Vertrauen in die drei wichtigsten EU-Organen**. Im Jahr 2012 genoss das Europäische Parlament das größte Vertrauen unter ihnen (44 % der Bürgerinnen und Bürger gaben an, ihm zu vertrauen), gefolgt von der Europäischen Kommission (40 %) und dem Rat der Europäischen Union (36 %). Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Institutionen auf allen Ebenen ist allgemein gering, insbesondere in politische Parteien und Institutionen auf nationaler Ebene (beispielsweise vertrauen nur 15 % politischen Parteien und 27 % nationalen Regierungen).

- Zwischen 2007 und 2012 sank die Zahl der **neuen Vertragsverletzungsfälle im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt** um 38 %. Der größte Rückgang wurde seit 2010 verzeichnet. Steuer- und Umweltfragen machen von allen Politikbereichen die beiden größten Gruppen von Vertragsverletzungsfällen im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt aus; auf sie entfielen im November 2012 44 % aller anhängigen Vertragsverletzungsverfahren.
- Nach einem erheblichen Rückgang seit dem Jahr 2000 erreichte das **Umsetzungsdefizit der EU-Binnenmarktvorschriften** im November 2012 einen neuen Tiefstand von 0,6 %. Das vom Binnenmarktanzeiger als das „bisher beste Ergebnis“ beworbene Umsetzungsdefizit lag damit 0,4 Prozentpunkte unter dem Ziel von 1 % für die Umsetzung der Binnenmarktvorschriften.

Zunehmende Online-Interaktion der Bürger mit den Regierungen, aber geringere Wahlbeteiligung

- Die **Online-Interaktion zwischen Bürgern und Behörden** stieg in der EU zwischen 2008 und 2012 um 8 Prozentpunkte. Nach einer leichten Abnahme im Jahr 2011 ist sie bis zum Jahr 2012 wieder auf 44 % gestiegen. Zum Teil ist dieser Trend auf eine allgemeine Zunahme der Internetnutzung in der gesamten EU zurückzuführen.
- Bei der **Wahlbeteiligung** zeigte sich bei den nationalen Parlamentswahlen zwischen 2000 und 2012 ein Rückgang von 1,5 Prozentpunkten. Ein rückläufiger Trend zeigt sich auch bei der Beteiligung an EU-Parlamentswahlen.

Keine Verlagerung von einer Besteuerung der Arbeit auf eine Energie- und Umweltbesteuerung

- Das **Verhältnis von Steuern auf den Faktor Arbeit zu Umweltsteuern** erhöhte sich in der EU in den Jahren 2000 bis 2011 um 10,1 %. In diesem Zeitraum sank der Anteil der Umweltsteuern an den gesamten Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen im Vergleich zu den Steuern auf den Faktor Arbeit. Dieser Trend läuft den Zielvorgaben der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung und der Strategie Europa 2020 entgegen, die beide eine Verlagerung der Besteuerung der Arbeit auf die Energie- und Umweltbesteuerung fordern („Ökologisierung“ des Steuersystems).
- Auch der **implizierte Energiesteuersatz** ist in der EU gesunken, allerdings weniger stark um nur 1,6 % von 2000 bis 2011. Der Rückgang des implizierten Energiesteuersatzes deutet auf eine Verringerung der effektiven Steuerlast auf Energie im Verhältnis zur potenziellen Bemessungsgrundlage hin.

Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise auf die wichtigsten Trends

Die in diesem Bericht vorgestellten Indikatoren ergeben ein eher gemischtes Bild. Zudem ist es durch die von der Wirtschaftskrise hervorgerufene Zerrüttung schwierig, umfassende Schlussfolgerungen darüber zu ziehen, ob die EU auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung vorwärts gekommen ist.

Infolge der Ende 2007 einsetzenden weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise kam es in der EU im Verlauf des Jahres 2008 zu einer Rezession. Ende 2013, bei Fertigstellung des vorliegenden Berichts, wuchs die EU-Wirtschaft nach wie vor nur langsam. Die Auswirkungen der Krise sind schwerwiegend und betreffen bei Weitem nicht nur die Wirtschaft, sondern eine Vielzahl der in dieser Veröffentlichung analysierten sozialen und ökologischen Trends. Dieser Abschnitt bietet einen kurzen Überblick über die betroffenen Bereiche über den Zeitraum von Ende 2007 bis, soweit möglich, 2011/2012. Wenngleich sich dies zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen lässt, könnten einige der Auswirkungen, etwa geringere Investitionen, langfristige und dauerhafte Folgewirkungen haben, die erst in späteren Berichten zutage treten.

Die 2007 beginnenden Liquiditätsprobleme im Bankensektor führten zu einer Kreditverknappung und fallenden Preisen für Vermögenswerte, die wiederum eine geringere Verbrauchernachfrage, einen Anstieg der „Sparquote privater Haushalte“, niedrigere „Investitionen“ von Unternehmen und privaten Haushalten, einen Rückgang des internationalen Handels (angezeigt durch den Indikator „Einfuhren aus Entwicklungsländern“) sowie einen Rückgang des „realen Pro-Kopf-BIP“ nach sich zogen. Die Höhe der „Staatsverschuldung“ stieg dramatisch. Die „Beschäftigung“ ging zurück, insbesondere unter jungen Menschen, wobei Männer stärker betroffen waren als Frauen („Beschäftigungsquote Frauen“). Der Trend in Richtung einer steigenden „Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer“ schwächte sich ab. Infolge der Hortung von Arbeitskräften und veränderten Arbeitszeiten sank die „Arbeitsproduktivität“.

Andererseits stiegen die „Ausgaben für Forschung und Entwicklung“, da mehrere Länder ihre Ausgaben aufstockten, um die wirtschaftliche Erholung und ein langfristiges Wachstum zu fördern. Als Reaktion auf die sinkende Nachfrage ging auch die industrielle Produktion zurück. Dies zeigt sich am Beispiel der „Produktion toxischer Chemikalien“.

Der Anstieg der „Arbeitslosigkeit“ und der „Langzeitarbeitslosigkeit“ hat gesellschaftliche Auswirkungen. Obwohl die „Armutgefährdung“ insgesamt gesunken ist, stieg sie für die Altersgruppe der 25- bis 49-Jährigen und geringfügig auch für die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen. Das „Ausmaß der Armut“ nahm ebenfalls zu, ebenso wie die „Selbstmordrate“, insbesondere unter Männern und Personen mittleren Alters. Die „rohe Nettomigrationsrate“ sank ebenfalls, wahrscheinlich infolge der Schwierigkeit, eine Beschäftigung in der EU zu finden. Was die weltweite Armutsbekämpfung betrifft, so sank die „Finanzierung für Entwicklungsländer“, allerdings eher aufgrund der verminderten Finanzflüsse privater Spender als von staatlichen Stellen oder NRO.

Die Nachfrage nach Energie („Endenergieverbrauch“) sank parallel zum BIP. Dieser niedrigere Verbrauch führte zu einer Stabilisierung der „Energieabhängigkeit“ der EU und damit zu einem Ende des Langzeittrends zu einer vermehrten Abhängigkeit. „Treibhausgasemissionen“ und „atmosphärische Emissionen“, die bereits im Sinken begriffen waren, nahmen noch schneller ab.

Der Güterverkehr nahm schneller ab als das BIP (angezeigt durch den Indikator „Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP“). Der Energieverbrauch des Verkehrs sank dennoch weniger stark als das BIP („Energieverbrauch des Verkehrs im Verhältnis zum BIP“), wahrscheinlich infolge eines langsameren Rückgangs des Personentransports. Die „Treibhausgasemissionen durch Verkehr“ gingen zurück, und die „Emissionen von Stickoxiden (NO_x) durch Verkehr“ sowie die „Feinstaubemissionen durch Verkehr“ sanken schneller als in den Vorjahren. Die „Zahl der Straßenverkehrstoten“ nahm ebenfalls ab, wahrscheinlich infolge eines niedrigeren Verkehrsaufkommens.

Die öffentliche Reaktion auf die Krise und den Umgang damit spiegelt sich im Rückgang des „Bürgervertrauens in die EU-Institutionen“ sowie in der „Beteiligung an nationalen Wahlen“ wider.

Insgesamt ist es aufgrund der oben dargestellten Umstände schwieriger, ein Urteil darüber abzugeben, ob in den letzten Jahren wirkliche Fortschritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung erzielt wurden. Angesichts der Tatsache, dass knapp die Hälfte der EU-Leitindikatoren für nachhaltige Entwicklung eine leicht oder deutlich ungünstige Tendenz aufweisen, dürften jedoch weitere Anstrengungen nötig sein, um die Europäische Union auf den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung zu bringen.